

12. Sitzung

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau am 14. September 2016

Anwesend:

Bürgermeister:	Laab Helmut	SPÖ
Vizebürgermeisterin:	Hermanek Susanne	SPÖ
Stadträte-SPÖ:	Eisler Elfriede, Holzer Othmar, Ryba Günter	
Stadträte-ÖVP:	OSR Kronberger Karl, Dr. Moser Christian, Mag. (FH) Völkl Andrea	
Stadtrat-FPÖ:	Kube Erwin	
Gemeinderäte-SPÖ:	Ambrosch Walter, Bauer Johann, Buchta Brigitte, Gübler Gerda, Hellwein Christian, Ibraimi Setki, Minibeck Manfred, Pollak Daniel, Preyss Michael, Mag. Riedler Corinna, Ruzicka Jürgen	
Gemeinderäte-ÖVP:	Mag. Falb Martin, Handschuh Monika, Hetzendorfer Gregor, Kopf Eleonore, Mag. Trabauer Manuela, Weiss Margit	
Gemeinderäte-FPÖ:	Mayer Wolfgang, Wiesner Karin	
Gemeinderäte-GRÜNE:	Mag. Kamath-Petters Radha, DI Pfeiler Dietmar	
Gemeinderat-NEOS:	Dr. Fischer Martin	

Entschuldigt:

GR Frithum Gabriele (SPÖ)
GR Dkkfm. Bartosch Johannes (ÖVP)
GR Dummer Gerhard (ÖVP)
GR KR Hopfeld Peter, (ÖVP)
GR Mag. Trabauer Manuela (ÖVP)
GR Inführ Reinhard (FPÖ)
GR Mag. Straka Andreas (GRÜNE)

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

Ort: Rathaus Stockerau - großer Sitzungssaal

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

Tagesordnung:

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

II. Genehmigung des Protokolls vom 13.07.2016

III. Bestellung des Umweltgemeinderates

IV. Ergänzungswahl in die Ausschüsse

- 1.) Berufung von zwei Vertrauenspersonen
- 2.) Ergänzungswahl

V. Bericht des Prüfungsausschusses

VI. Anträge des Bürgermeisters

- 1.) Bericht des Rechnungshofes betreffend Restmüllentsorgung
- 2.) Aktualisierung Strukturverbesserungskonzept
- 3.) Altlast Gaswerk Stockerau – Verlängerung Betriebskosten – Förderungsvertrag
- 4.) Einverständniserklärung und Benützungsbereinkommen mit ÖBB-Infrastruktur
- 5.) Auflassung der Unterflur-Transformatorstation Sparkassaplatz – Vereinbarung mit NÖ Netz GmbH
- 6.) Verleihung von Sozialdienstmedaillen an MitarbeiterInnen des Hilfswerkes Stockerau
- 7.) Verleihung von Sozialdienstmedaillen an MitarbeiterInnen der Volkshilfe Stockerau
- 8.) Verleihung der Ehrennadel in Bronze an GR.a.D. Schneider Alexandra

VII. Anträge des Stadtrates

a) Finanzen

- 1.) 1. Nachtragsvoranschlag 2016
- 2.) Annahmeerklärung des NÖ WWF für WVA BA102
- 3.) Darlehensaufnahme – Wasserversorgungsanlage und Abwasserbeseitigungsanlage
- 4.) Beauftragung zur Umstellung der kommunalen Software KIM auf K5
- 5.) Ankauf Turnsaal VS West von NÖKL Kommunalgebäudeleasing GmbH.
- 6.) Ankauf eines Parkplatzes für die Wohnung Schulgasse 6/5
- 7.) Überdachung Parkdeck Rögergasse – Vergabe von Zusatzleistungen
- 8.) Überdachung Parkdeck Rögergasse – Photovoltaikanlage – Vergabe von Leistungen

b) Stadtentwicklung, Verkehr und Liegenschaftsmanagement

- 1.) Änderung örtliches Raumordnungsprogramm
- 2.) Änderung Bebauungsplan

c) Soziales, Generationen, Integration

- 1.) Betrauung mit dem Projekt "Englisch im Kindergarten" ab Oktober 2016

VIII. Anträge gemäß § 46 Abs. 1 NÖ GO 1973

- 1.) Bebauung des Ernst Körner-Platzes
- 2.) Kurzparken in Stockerau
- 3.) Bürgerservice

- 4.) Verkehrskonzept
- 5.) Anerkennung für Mitglieder der Wahlkommissionen im Bereich der Stadtgemeinde Stockerau

Gemäß § 47 Abs. 3 NÖ GO in nicht öffentlicher Sitzung behandelt:

I. Anträge des Bürgermeisters

- 1.) Personalangelegenheiten

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Laab eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Bürgermeister Laab begrüßt die neue Gemeinderätin Frau Mag. Radha Kamath-Petters, die anstelle von Frau Alexandra Schneider nun neues Mitglied des Gemeinderates ist.

Applaus

Es wird um **Berichtigung** ersucht und zwar bei Punkt VII Anträge des Stadtrates, a) Finanzen 2.) Annahmeerklärung des NÖ WWF für WVA statt BA 11 **ist richtig BA 102**.

Bezüglich **Resolution an VOR** kam eine Antwortschreiben, welches bereits an alle Fraktion gesendet wurde. Somit ist die Information an alle Fraktionen erfolgt.

Weiters gibt *Bürgermeister Laab* bekannt, dass die **FPÖ zwei Dringlichkeitsanträge und die GRÜNEN auch zwei Dringlichkeitsanträge** eingebracht haben.

1.) Dringlichkeitsantrag FPÖ – Baumaßnahmen an der Brücke über den Senningbach

Stadtrat Kube: Die Gemeinderatsfraktion der FPÖ stellt den Antrag um Ergänzung der Tagesordnung betreffend Baumaßnahmen an der Brücke über den Senningbach.

Bei der Brücke über den Senningbach auf der Wienerstraße gibt es auf jeder Seite einen gemeinsamen Fuß- und Radweg, der zur stark befahrenen Fahrbahn ungesichert ist. Bei Zusammentreffen von z.B. einem Fußgänger und einem Radfahrer ist mangels Sicherheitsgeländers ein Abstürzen auf die Straße leicht möglich, jedenfalls nicht auszuschließen. Insbesondere, wenn Kinder daran beteiligt sind. Weiters ist die steile Auffahrt zur Brücke ein Sicherheitsrisiko für nicht so geübte Radfahrer. Durch die stark steigende Bevölkerungszahl in der Wiesener-Siedlung wird die Unfallgefahr immer größer.

Wir schlagen ein Sicherheitsgelände zwischen Rad-Gehweg und Straße vor. Jedenfalls um eine Begutachtung der Verkehrsabteilung der Gemeinde Stockerau, um eventuelle Maßnahmen setzen zu können.

Begründung der Dringlichkeit:

Da es immer wieder zu gefährlichen Situationen kommt und die Stadtgemeinde Stockerau für die Verkehrssicherheit der Ras- und Gehwegbenützer verpflichtet, ist die Dringlichkeit für ein unfallfreies Benützen durch die Stockerauer Bevölkerung gegeben.

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen: Dass die oben angeführte Stelle von einem Verkehrsexperten begutachtet wird und alle nötigen Maßnahmen zur Absicherung des Geh- und Radweges gegenüber dem fließenden Straßenverkehr unternommen wird.

Abstimmung über Dringlichkeit:

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	8
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

Damit ist die Dringlichkeit gegeben und der Antrag wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

2.) Dringlichkeitsantrag FPÖ– Wohnqualität – keine geschlossene Asphaltierung bei Wohnungsbauten

Gemeinderat Mayer: Die Gemeinderatsfraktion stellt den Antrag um Ergänzung der Tagesordnung betreffen Wohnqualität mit dem Titel "keine geschlossene Asphaltierung bei Wohnungsbauten".

Da der Zuzug nach Stockerau ungebrochen anhält, stellen wir fest, dass von Betreibern der Wohnungsbauten jede Möglichkeit der Verbauung genützt wird und keine Rücksicht auf Auflockerungen durch Grünflächen genommen wird. Wir müssen bei einigen Bauten bereits feststellen, dass die komplette Fläche asphaltiert wird, um ausreichend Stellplätze für Autos zur Verfügung zu stellen.

Wie wichtig solche Grünflächen sind – gibt es genug im Internet zu recherchieren:

Grün- und Freiräume bestimmen in wesentlicher Form die Lebensqualität für Menschen in der Großstadt. Die vielfältigen, positiven Funktionen von Park- und Straßenbäumen, Pflanzrabatten, Dach- und Friedhofs begrünungen sowie Innenhof- und Platzgestaltungen als individuelles Gestaltungselement, Lebensraum für zahlreichen Organismen, Klimaregulierung, Schadstofffilterung oder Lärmschutz sind allen Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohnern bekannt.

Um eine natürliche Klimatisierung bzw. eine gewisse Größe an Grünflächen in unserer Stadt zu erhalten, müsste man den Bebauungsplan für die Stadt Stockerau neu festlegen, da die zurzeit entsprechenden Festlegungen im NÖ Raumordnungsgesetz gem. § 30, Inhalt des Bebauungsplanes, geregelt sind. Eine Regelung könnte gem. § 30, Abs.2, Ziffer 7 erfolgen und die Festlegung von z.B. 15% Freiflächen als nicht befestigte Grünfläche erfolgen. Ebenso und ergänzend könnte eine Festlegung nach § 30, Abs. 2, Ziffer 20 erfolgen, in dem die Ableitung von Niederschlagsgewässern, von Dachflächen oder versiegelten Flächen untersagt oder eingeschränkt wird. Das bedeutet im Gegenzug, dass diese auf einer entsprechend großen Fläche zur Versickerung zu bringen sind. Diese Bestimmung müsste im Bebauungsplan der Stadtgemeinde Stockerau baublockweise festgelegt werden und ist nach Rechtskraft bei allen Bauausführungen zu berücksichtigen.

Begründung der Dringlichkeit:

Da die Stadt Stockerau in den kommenden Jahren weiter wachsen wird und die Baubetreiber voraussichtlich keine Rücksicht auf eine natürliche Flora im Wohnbereich nehmen wird, sollten wir unserer Denkweise – der Natur einen Raum zu geben – wenn es auch nur kleine Flächen sind, Rechnung tragen. Deshalb ist es dringend erforderlich, den Bebauungsplan mit den oben angeführten Bestimmungen zu ergänzen. Denn sind einmal die Projekte umgesetzt, werden keine Änderungen mehr vorgenommen und wir haben vermehrt Asphaltwüsten im Wohnbereich und es für die Zukunft verabsäumt, ein Stück Natur zu erhalten.

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die oben angeführten Bestimmungen im Bebauungsplan der Stadtgemeinde Stockerau baublockweise festgelegt werden und nach erwachsen der Rechtskraft bei allen Bauführungen berücksichtigt werden müssen.

Beschluss:

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	8
	FPÖ	0
	GRÜNE	2
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	3
	GRÜNE	0
	NEOS	1

Damit ist die Dringlichkeit nicht gegeben.

**3.) Dringlichkeitsantrag GRÜNE–
Neues Tarifsysteem im VOR – Verkehrsverbund Ost-Region; Resolution**

Gemeinderat Pfeiler: Wir bringen folgenden Dringlichkeitsantrag ein betreffend:
Neues Tarifsysteem im VOR – Verkehrsverbund Ost-Region.

Das Tarifsysteem des Verkehrsverbund-Ost-Region wurde im Juli dieses Jahres überarbeitet und neu eingerichtet. Durch dieses neue Tarifsysteem haben sich die Fahrpreise von Stockerau zu wichtigen Zielen in der Region deutlich erhöht, teilweise um 50% bzw. 100% (Beispiele für Einzelfahrt).

- Stockerau – Korneuburg:	2,2 -> 3,3	+ 50%
- Stockerau – Langenzersdorf:	2,2 -> 4,4	+100%
- Stockerau – Hollabrunn:	4,4 -> 5,5	+ 25%
- Stockerau – Wien Floridsdorf:	4,4 -> 6,6	+ 50%
- Stockerau – Göllersdorf:	2,2 -> 3,3	+ 50%

Es ist darum auszugehen, dass sich diese Preissprünge, wie bei den Einzelfahrten, auch bei den Zeitkarten widerspiegeln.

Da das Tarifsysteem möglicherweise noch nachjustiert wird, sollten auch die in unserer Region aufgetreten Preissprünge geglättet werden. Ein leistbares und preislich attraktives Angebot im öffentlichen Personen-Nahverkehr ist von hoher Bedeutung, um umweltfreundliche Mobilität für die Bevölkerung leistbar und attraktiv zu machen.

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, eine **Resolution an den Verkehrsverbund Ost-Region**
Das neue Tarifsysteem des Verkehrsverbund Ost-Region soll im Bezirk Korneuburg überarbeitet werden, um aufgetretene Preissprünge zu glätten, um auch weiterhin das Angebot im öffentlichen Personen-Nahverkehr als leistbare umweltfreundliches Mobilitätangebot für die Bevölkerung attraktiv zu gestalten.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	8
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

Damit ist die Dringlichkeit gegeben und der Antrag wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

**4.) Dringlichkeitsantrag GRÜNE–
Gemeinnützige Beschäftigung von Asylwerbenden in der Gemeinde Stockerau**

Gemeinderätin Kamath-Petters: Die Dringlichkeit ist dadurch gegeben, da die seit Anfang des Jahres in Stockerau untergebrachten Asylwerberinnen und Asylwerber keine Beschäftigung haben. Einige von ihnen haben innerhalb der letzten Monate schon Grundkenntnisse in Deutsch erworben. Sie könnten nunmehr ihren Beitrag an der Gesellschaft leisten, indem sie Hilfstätigkeiten im Rahmen der gemeinnützigen Beschäftigung für Stockerau durchführen. Außerdem könnte jungen erwachsenen Asylwerbenden eine Möglichkeit zur beruflichen Orientierung geboten werden. Wichtig wäre, dass Asylwerberinnen und Asylwerber ihren Beitrag für Stockerau leisten sollten, wenn sie wollen.

Begründung:

Arbeit und Beschäftigung sind wichtige Grundpfeiler unserer Gesellschaft, egal woher man kommt, nicht nur aus finanzieller, sondern auch aus sozialer Sicht. Es wird ein Beitrag für andere geleistet und kulturelle Werte und Gepflogenheiten werden vertieft. Fehlt Beschäftigung, kommt es zu Phänomenen wie Verlust der Eigeninitiative, der Selbstwirksamkeit, des Zeit- und Selbstwertgefühls, von persönlichen Kompetenzen und von Motivation.

Mit der Möglichkeit einer Beschäftigung von Asylwerbenden bleiben persönliche Ressourcen zur Integration erhalten. Integration ist uns allen wichtig. Eine aktive Rolle von Asylwerbenden in der Gemeinde trägt innerhalb der Bevölkerung zu einem positiven Zusammenleben bei.

Asylwerbende können laut §7 Abs. 3 GVG-B mit ihrem Einverständnis für gemeinnützige Hilfstätigkeiten für Bund, Land, Gemeinde herangezogen werden, wobei sie einen geringfügigen Anerkennungsbeitrag erhalten dürfen. Dieser Anerkennungsbeitrag gilt nicht als Entgelt. Die in Stockerau untergebrachten Asylwerbenden weisen vielfältige Fähigkeiten und Berufskennnisse vor. Die Beschäftigungsmöglichkeiten können sich an diesen Fähigkeiten und Kenntnissen orientieren.

Beispiele von Möglichkeiten einer gemeinnützigen Beschäftigung für Stockerau seien hier angeführt:

- Hilfs- und Assistenzdienste im Bereich sozialer Aufgaben der Gemeinde
- Bauhof, E-Werk, Wasserwerk, Kläranlage
- Recycling, Entsorgung
- Betreuung von Freizeit- und Sportanlagen
- Landschaftspflege und Landschaftsgestaltung
- Betreuung kommunaler Grünflächen, Schneeräumung
- Unterstützung für Bildungsveranstaltungen, wenn diese im Auftrag der Gemeinde stattfindet
- Radwegenetz-, Spielplatz-, Naturlehrpfadbetreuung etc.

Ganz wichtig ist mir hervorzuheben: eine Hilfstätigkeit ist eine zeitlich begrenzte Arbeit aus einem konkreten Anlass. Es geht nicht um eine Anstellung. Es geht darum, wenn z.B. im Winter ein starker Schneefall ist und dass dafür 3, 4, 5 Menschen mithelfen, den Schnee zu räumen.

Antrag:

Gemeinderat wolle beschließen:

- Erstellung eines Leistungskatalogs von gemeinnützigen Tätigkeiten mit angemessenem Anerkennungsbeitrag unter Einbeziehung der leitenden Angestellten der einzelnen Abteilungen der Gemeinde bzw. städtischen Betriebe.
- Kontaktaufnahme mit den in Stockerau befindlichen Unterkünften für Asylwerbende, um die Fähigkeiten und Kenntnisse der Leute zu erheben und die gemeinnützigen Tätigkeiten anzubieten.
- Hierzu möge noch im Laufe des Septembers 2016 ein Sozialausschuss einberufen werden.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	8
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

Damit ist die Dringlichkeit gegeben und der Antrag wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

II. Genehmigung des Protokolls vom 13.07.2016

Bürgermeister Laab: Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll vom 13.07.2016 unverlesen zu genehmigen. Es entspricht dem Sitzungsverlauf und es gab keine Einwendungen.

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	1

Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	8
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	0

III. Bestellung des Umweltgemeinderates

Bürgermeister Laab: Da Gemeinderat Mag. Andreas Straka sein Mandat als Umweltgemeinderat zurücklegte, ist es notwendig, einen neuen Umweltgemeinderat zu bestellen.

Es wird Herr

Gemeinderat DI Dietmar PFEILER
2000 Stockerau, Neschitz-Gasse 10

zum **Umweltgemeinderat** für die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates bestellt.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	8
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

Bürgermeister Laab bedankt sich bei Herrn GR Pfeiler für die Bereitschaft, dieses Amt auszuführen.

Gemeinderat Pfeiler: Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich danke für den Wahlvorschlag und für das mir entgegengebrachte Vertrauen.

Ich werde versuchen, das Organ des Umweltgemeinderates und die damit verbundenen Rechte mit Augenmaß und Verantwortung auszuüben. Ich sehe mich hier nicht als Umweltpolizei, vielmehr möchte ich durch meine Arbeit das allgemeine Bewusstsein für den Umweltschutz im Sinne des vorsorgenden Umweltschutzes in den unterschiedlichen Lebensbereichen verstärken.

Umweltschutz ist für mich kein abstrakter Selbstzweck oder Ideologie, sondern die Verpflichtung, auch der nächsten Generation einen intakten, vielfältigen und lebenswerten Lebensraum mit intakten Lebens- und Zukunftschancen zu übergeben.

Ein erster Punkt wird die Finalisierung der weit fortgeschrittenen Überarbeitung der Umweltschutzverordnung für das Gemeindegebiet der Stadt Stockerau sein.

Danke

IV. Ergänzungswahl in die Ausschüsse

1.) Berufung von zwei Vertrauenspersonen

Bürgermeister Laab: Gemäß § 98 Abs. 2 und 3 der NÖ Gemeindeordnung werden zur Entscheidung über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Stimmzettel zwei Mitglieder des Gemeinderates, die unter Berücksichtigung der Parteienverhältnisse ausgewählt werden, beigezogen.

Als Vertrauenspersonen werden beigezogen:

StR. Holzer Othmar SPÖ
StR. OSR Kronberger Karl ÖVP

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	8
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

2.) Ergänzungswahl

Bürgermeister Laab: Aufgrund des Ausscheidens von Frau Alexandra Schneider aus dem Gemeinderat sind folgende Ausschüsse neu zu besetzen:

V. Soziales, Generationen, Integration, Schulen und Forschung und Mittelschulgemeinde

Für die Besetzung der Ausschüsse wurde von der Fraktion der GRÜNEN folgende Person nominiert:

V. Soziales, Generationen, Integration, Schulen und Forschung
GR Mag. Kamath-Petters Radha statt Schneider Alexandra

Mittelschulgemeinde
GR Mag. Kamath-Petters Radha statt Schneider Alexandra

Der Gemeinderat der Stadt Stockerau hat die Wahl in die Ausschüsse durchzuführen.

Die Wahl in die Ausschüsse erfolgt geheim und mit Stimmzettel.

Ergebnis der Wahl:	abgegebene Stimmzettel:	30
	ungültige Stimmzettel:	1
	gültige Stimmzettel:	29

Somit ist GR Kamath-Petters mit 29 gültigen Stimmen zum Mitglied in den obgenannten Ausschüssen gewählt.

V. Bericht des Prüfungsausschusse

Gemeinderätin Kopf: Bericht über die am 09. September 2016 in der Stadtgemeinde Stockerau angesagte Gebarungsprüfung durch den Prüfungsausschuss

Anwesend:

Mitglied des Prüfungsausschusses (Vorsitzender) GR Dummer Gerhard
 Mitglied des Prüfungsausschusses GR Kopf Eleonore
 Mitglied des Prüfungsausschusses GR Pollak Daniel
 Mitglied des Prüfungsausschusses GR Minibeck Manfred
 Mitglied des Prüfungsausschusses GR Mayer Wolfgang
 Mitglied des Prüfungsausschusses GR Buchta Brigitte
 Mitglied des Prüfungsausschusses GR Mag. Falb Martin
 Buchhaltungsdirektor Zimmermann Walter

Entschuldigt:

Mitglied des Prüfungsausschusses GR Hellwein Christian
 Mitglied des Prüfungsausschusses GR Mag. Straka Andreas

I. ISTBESTÄNDE lt. beiliegendem Tagesbericht vom 05.09.2016: € - 9.500.650,88.

II.SOLLBESTÄNDE

	verbuchte Einnahmen	nicht verbuchte Einnahmen
BA-CA/Stadtgemeinde	€ 27.862.300,45	
KASSA	€ 303.438,93	
PSK 7332.355	€ 145.040,00	
RB 9001	€ 477.917,85	
RAIBA 1000 Jahre Stockerau	€ 0,00	
RAIBA Fischaufstiegshilfe	€ 11.722,05	
RAIBA PV-Anlage	€ 0,00	
BA-CA/Kassenkredit	€ 0,00	
BA-CA/Straßenbau	€ 3,50	
BA-CA/Bankomatzgl.	€ 163.935,19	
BA-CA/Pflegeheim	€ 370.243,87	
BA-CA/Kartenverkauf	€ 486.458,61	
BA-CA/Organstrafen	€ 194.693,01	
BA-CA/Wertpapiere	€ 0,00	
BA-CA/Grundstücke	€ 51.725,65	
Baukonto ABA BA 17	€ 0,00	
Baukonto WVA BA 09	€ 0,00	
BAWAG PSK - ABA BA 18	€ 0,00	
BAWAG PSK - Nachmittagsbetr.	€ 0,00	
BA-CA/Kontokorrentkred.	€ 25.000,00	
Gesamteinnahmen	€ 30.092.479,11	

	verbuchte Ausgaben	nicht verbuchte Ausgaben
BA-CA/Stadtgemeinde	€ 20.012.684,25	
KASSA	€ 126.626,75	
PSK 7332.355	€ 491.628,09	
RB 9001	€ 237.594,53	
RAIBA 1000 Jahre Stockerau	€ 1,06	
RAIBA Fischaufstiegshilfe	€ 80.487,73	
RAIBA PV-Anlage	€ 0,00	
BA-CA/Kassenkredit	€ 0,00	
BA-CA/Straßenbau	€ 7,00	
BA-CA/Bankomatzlg.	€ 58.260,60	
BA-CA/Pflegeheim	€ 204.722,86	
BA-CA/Kartenverkauf	€ 41.857,55	
BA-CA/Organstrafen	€ 108.300,24	
BA-CA/Wertpapiere	€ 0,00	
BA-CA/Grundstücke	€ 49.468,47	
Baukonto ABA BA 17	€ 0,00	
Baukonto WVA BA 09	€ 0,00	
BAWAG PSK - ABA BA 18	€ 0,00	
BAWAG PSK - Nachmittagsbetr.	€ 0,00	
BA-CA/Kontokorrentkred.	€ 4.441.233,05	
Gesamtausgaben	€ 25.852.872,18	
Gesamteinnahmen- Gesamtausgaben	-€ 9.094.283,14	

Aus der Gegenüberstellung von Istbestand lt. Tagesbericht und Sollbestand ergibt sich eine vollständige Übereinstimmung.

- 1.) Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer und stellt die Beschlussfähigkeit fest.
- 2.) Fortsetzung der Prüfungshandlung vom 15. März 2015 über die Prüfung des Rechnungsabschlusses 2015.
 - a) Eine Liste der Ausgaben und Einnahmen des Open Air Festival 2015 wird vorgelegt. Dieses Festival wurde von der Stadtgemeinde gemeinsam mit einer Stockerauer Eventagentur veranstaltet. Ausgaben von € 46.169,70 stehen Einnahmen von € 20.476,64 gegenüber. Daraus ergibt sich ein Abgang von € 25.643,06. Die Einschaltungskosten in „Unsere Stadt“ blieben dabei unberücksichtigt. Aus wirtschaftlichen Gründen, und da Open Air Veranstaltungen immer ein wetterbedingtes Risiko beinhalten, wurde entschieden, diese Veranstaltung im Jahr 2016 nicht mehr durchzuführen.
 - b) Vereinsförderungen: Es wurden alle Vereine geprüft, die im Jahr 2015 € 3.000,- oder mehr an Fördermittel von der Stadtgemeinde Stockerau erhalten haben. Zusätzlich wurden 8 Vereine stichprobenartig geprüft. Dabei wurde festgestellt, dass die Richtlinien zum Teil nicht eingehalten wurden. Es fehlten Anträge und Tätigkeitsberichte. Der Prüfungsausschuss empfiehlt, zum einen die Richtlinien künftig einzuhalten und zum anderen die Richtlinien dahingehend anzupassen dass:
Die Vereine, die eine Subvention beantragen, bis zum 31.10. einen Antrag auf Subventionen für das Folgejahr auf dem Formblatt der Stadtgemeinde Stockerau einreichen müssen.

Aufgrund der Anträge wird ein Subventionsvorschlag erstellt, der im Gemeinderat diskutiert und beschlossen und in den Voranschlag aufgenommen wird. Berücksichtigt können hier nur Vereine werden, die einen Antrag bis 31.10. gestellt haben.

Die Zusage an die Förderwerber erfolgt unter der Bedingung, dass bis zum 31.03. des Folgejahres (des Jahres, für das die Förderung zugesagt wird) ein Rechenschaftsbericht über das vorangegangene Jahr (in der Regel der Jahresbericht des Vereinsvorstandes an die Mitglieder) vorgelegt wird.

Die Auszahlung der Förderungen erfolgt nur, wenn der Rechenschaftsbericht rechtzeitig vorgelegt wurde.

Die Rechenschaftsberichte werden von der Stadtgemeinde stichprobenartig geprüft.

3.) Prüfung der Forderungen und Verbindlichkeiten, die höher als € 5.000,-- und länger als 30 Tage überfällig sind.

Insgesamt waren das am 31.07.2016 Forderungen in Höhe von € 3.489.742,23. Davon entfallen circa € 1,8 Mio. auf Konkursforderungen oder Forderungen, bei denen Exekution betrieben wird. Im 1. Nachtragsvoranschlag 2016 ist vorgesehen, einen Teil dieser Forderungen nämlich € 1.070.102,83 auszubuchen. Das wird laut Dir. Zimmermann voraussichtlich zu einem Abgang im RA 2016 führen.

Gegenüber Lieferanten bestanden am Stichtag 31.07.2016 Verbindlichkeiten von € 1.214.423,41 nach diesen Kriterien. Besondere Auffälligkeiten gab es keine. Alle Detailfragen konnten von Dir. Zimmermann beantwortet werden.

Es wurde vereinbart, in Zukunft nach denselben Selektionskriterien auch die Gesamtsummen der Forderungen und Verbindlichkeiten anzuführen und die Konkursforderungen (K) und die Forderungen, bei denen Exekution (E) geführt wird, in der Liste zu kennzeichnen.

4.) Prüfung der im Jahr 2016 angefallenen Mahnspesen und Verzugszinsen. Mahnspesen werden nicht separat ausgewiesen, sind aber laut Auskunft Dir. Zimmermann auch keine wesentlichen angefallen.

An Verzugszinsen bei Lieferanten sind insgesamt € 134,10 angefallen. Die Verzugszinsen beim Sozialversicherungsträger betragen € 5.328,14.

Der Prüfungsausschuss empfiehlt, den fristgerechten Zahlungen an den Sozialversicherungsträger in Zukunft besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

5.) Für die nächste Gebarungsprüfung wird die Prüfung des Bauhofes beschlossen und die Rahmenbedingungen festgelegt. Schwerpunkt werden die Verbrauchsmaterialien und Werkzeuge sein.

6.) zum Punkt Allfälliges gibt es keine Wortmeldungen.

Die Sitzung wird um 9.30 Uhr für die Erstellung des Protokolls unterbrochen. Ende der Sitzung um 10.15 Uhr.

Stellungnahme des Bürgermeisters und des Buchhaltungsdirektors:

Die vom Prüfungsausschuss vorgeschlagenen Änderungen betreffend Subventionsrichtlinien werden in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses beraten.

Diese abgeänderten Richtlinien zur Gewährung von Subventionen sollen dann dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt werden.

Beschluss: **einstimmig zur Kenntnis genommen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	8
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

VI. Anträge des Bürgermeisters

1.) Bericht des Rechnungshofes betreffend Restmüllentsorgung

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Rechnungshof hat in den Städten Krems, St. Pölten und Stockerau die Restmüllentsorgung einer Prüfung unterzogen.

Der nun vorliegende Bericht, welcher auch jeder im Gemeinderat vertretenen Partei übermittelt wurde, wird dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht

Stadtrat Kronberger: Beim Durchlesen der 52 Seiten des Rechnungshofberichtes – will ich anmerken, dass der Sperrmüll eigentlich nur ein Teil davon ist. Gebühren usw. sind andere Aspekte, die beleuchtet wurden. Beim Sperrmüll wurde festgestellt, dass im geprüften Zeitraum 2008 bis 2013 die Ziele des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes 1992 nicht erreicht wurden. Das Ziel war: Stabilisierung des Sperrmüllaufkommens. Das wurde in Stockerau klar verfehlt.

2008 bis 2013 gab es nach Angabe vom Rechnungshof eine Steigerung von 52,62%. Krems hatte in der gleichen Zeit ein Minus von 0,47%. Das Prokopf-Aufkommen betrug 83,26 kg. Das war fast das Doppelte des Durchschnittes in Niederösterreich. Eines ist klar, es wird immer ins Treffen geführt, dass auch beim Sperrmüll aus den umliegenden Gemeinden abgegeben wird. Daher sind diese Zahlen – Gesamtsteigerung und Prokopf mit Vorsicht zu genießen. Angemerkt wurde auch, dass der Sperrmüll, ich kann das nur bitte aus dem Rechnungshofbericht entnehmen, eigentlich ohne Kontrolle, auch von den umliegenden Gemeinde, übernommen wurde. Stockerau zahlt auch die Sperrmüllentsorgung von Bewohnern aus den umliegenden Gemeinden.

Jetzt meine Frage dazu: Wir hatten schon vor Jahren im Ausschuss eine längere Diskussion bezüglich einer Berechtigungskarte. Sie ist auch eine Empfehlung vom Rechnungshof, um die Sperrmüllanlieferung tatsächlich auf die Stockerauer Bevölkerung eingrenzen zu können.

Geht hier was weiter oder hat man das komplett ad acta gelegt?

Die zweite Frage: Bemängelt wurde im Rechnungshofbericht auch, dass 2013 und 2014 entgegen unserer Abfallwirtschaftsverordnung keine Abholung durch die Gemeinde erfolgt ist.

Das Dritte, was hier vom Rechnungshof gefordert wird, ist die Errichtung einer Umlagestation bzw. einer Übergabestelle. Wie ist hier der Stand der Dinge?

Bürgermeister Laab: Zu dem Punkt, wo die 2 Jahre angeführt wurden, wo man keine Sperrmüllabgabe angeboten hat. Das war im Zuge von Gesprächen bezüglich Einsparungen. Das wurde mittlerweile wieder aufgehoben. So wird es auch weiterhin durchgeführt. Die Übernahmestelle ist eine Definition, die durchaus weiter verfolgt wird. Es geht um einen geeigneten Standort, wenn hier im Rahmen der Abfallbehandlungen Umlagemöglichkeit ins Auge gefasst wird, dass das auf dem Gelände der ehemaligen Deponie eingerichtet wird. Hier werden die Einreichmöglichkeiten geprüft, wie man zu einer Umlagestelle kommen kann. Das ist im Werden. Wir haben auch einen Partner in Richtung Müll, wo man eine Neuausrichtung bespricht. Es ist dort im Zuge dessen eine Umsetzung möglich.

Die Berechtigungskarte – darüber wurde diskutiert. Mittlerweile hat sich das in der Region zum Thema gemacht. Es gibt einen Arbeitskreis über ein Abfallmodell in der Region, wo auch dieser Punkt angesprochen wurde, damit man hier Berechtigungskarten einführt, die durchaus auch über die Gemeindegrenzen hinaus Wirksamkeit haben. Es hat sich herausgestellt, dass die erste Annahme mit diesen E-Cards nicht unbedingt die ideale Lösung ist. Die Ausarbeitung bleibt bis weiterhin aufrecht. Unsere Mitarbeiter sind angehalten und kontrollieren auch. Durch das Korneuburger-Kennzeichen ist natürlich schwer zu definieren, ob derjenige aus Stockerau ist und nicht doch aus dem Umfeld von Stockerau.

Gemeinderat Pfeiler: Herr Kollege Kronberger hat schon einige Dinge erwähnt, die mir auch am Herzen gelegen sind. Ich kann hier noch einmal anregen, einen Ausschuss einzusetzen für das Thema Infrastruktur, technische Infrastruktur, Ver- und Entsorgungen. Wir haben jetzt keinen Ausschuss, in dem wir diese Themen abarbeiten können, wo wir viele Themen offen haben. Ich glaube, dass der Finanzausschuss eigentlich mit den Themen fast schon überladen ist. Wir haben Infrastrukturthemen, wir haben Entsorgungsthemen bis hin zu Zugangsregelung zu unseren Altstoffsammelzentren, die dann auch noch dort zu diskutieren sind, wie auch das steigende, im Vergleich auch mit anderen Städten, Sperrmüllaufkommen direkt auch auf den sehr liberalen Zugang zu unseren Restmüllentsorgungsplätzen zu legen, wobei das natürlich die Gefahr bringt, dass dann der Sperrmüll nicht auf dem Sammelplatz landet sondern in der Böschung. Hier ist auch mit Augenmaß vorzugehen, aber Handlungsbedarf ist jedenfalls gegeben.

Positiv ist, dass wir bei den Entsorgungskosten im Vergleich zu den angeführten Städten relativ gut liegen. Dennoch die Frage, wie wir mit den Behandlungskosten weiter vorgehen, nachdem es die Referenz der Tiroler Entsorgungskosten mit € 110,- hier gibt, ob es hier Potenzial für Nachverhandlungen bei den Behandlungskosten gibt?

Bürgermeister Laab: Die Kosten für die Restmülltonne liegen bei uns im Moment, weil Sie die € 110,- ansprechen, bei € 116,-. Wie weit soll man hier nachverhandeln?

Gemeinderat Pfeiler: Die Aussage des Rechnungshofes..

Bürgermeister Laab: Sie wissen, der Beobachtungszeitraum war 2008 bis 2013. Da hat sich mittlerweile sehr viel geändert. Das ist die Vergangenheit. Ich gehe von der Realität aus und da haben wir € 116,-. Hier haben wir in der Zwischenzeit unsere Hausaufgaben gemacht und sind auf diese € 116,- runtergekommen. Der Abfallverband, der in der Region tätig ist, liegt bei über € 150,-. Immer zu berücksichtigen, dass man hier bei diesen Anmerkungen von der Vergangenheit spricht, und auch bitte zu berücksichtigen, was in der Zwischenzeit geschehen ist, weil auch diese vermehrten Tonnagen, die hier angeführt worden sind, in einem Zeitraum passiert sind, wo man auf der Deponie vermehrt entsorgt hat, und dass es bei weitem nicht mehr gültige Tonnagen sind. Diese Anmerkungen und Hinweise sind zum größten Teil überholt und von 2014 bis heute nicht mehr relevant.

Gemeinderat Pfeiler: Es war als Nachfrage gemeint gewesen. Danke für die Info.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	8
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

2.) Aktualisierung Strukturverbesserungskonzept

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluss vom 10.12.2014 wurde ein Strukturverbesserungskonzept vom Gemeinderat mehrheitlich beschlossen. Dieses enthält auch unter anderem einen Plan zum Abbau des Fehlbetrages im ordentlichen Haushalt und einen Plan zum Abbau des Kassenkredites.

Dieses Konzept wurde nun um die bereits umgesetzten Maßnahmen ergänzt und der Plan zum Abbau des Fehlbetrages und des Kassenkredites auf Basis der aktuellen Ergebnisse des Jahres 2015 aktualisiert. Dieser sieht für das Jahr 2017 ein fast ausgeglichenes Ergebnis (-86.000) im OH vor (durch die Abschreibungen lt. 1 NTVA 16 noch nicht möglich). Laut Planung ist für 2018 vorgesehen, dass sich der Kassenkredit auf ca. € 4 Mio. reduziert. Dies unter der Voraussetzung, dass die Grundstückserlöse, wie geplant, durchgeführt werden.

Nach Beschluss durch den Gemeinderat wird das aktualisierte Strukturverbesserungskonzept der Aufsichtsbehörde vorgelegt.

Stadtrat Moser: Das Strukturverbesserungskonzept wurde seinerzeit beschlossen, weil nicht wir uns das ausgedacht haben, sondern weil der Kassenkredit, wie Sie wissen, um mehrere Millionen überzogen war, überzogen ist, und wir uns in einem gesetzwidrigen Zustand bewegen und wir vom Land aufgefordert wurden, einen Plan, ein Konzept vorzulegen. Der Beschluss jetzt ist notwendig, weil sich schon nach kurzer Zeit gezeigt hat, wir können diesen Plan nicht einhalten, wir müssen ihn adaptieren. Das Konzept hat vor allem zwei große Bereiche beinhaltet. Das eine ist der Verkauf der Wertpapiere, der Rücklage, an die wir uns alle erinnern, die wurde ganz, ganz schnell verkauft. Der zweite große Teil war der Verkauf der Liegenschaften, insbesondere Betriebsliegenschaften, insbesondere zur Betriebsansiedelung. Da zeigt sich jetzt, dass wir die geplanten € 1.750.000,- nicht halten können, und dass es vielleicht nur € 500.000,- werden. Und daher müssen wir diesen Plan anpassen. Es ist natürlich sehr bitter, es ist sehr schade, sehr schade in dem Zusammenhang auch, dass die vor circa einem Jahr gestartete Wirtschaftsinitiative Stockerau nicht mit Leben erfüllt werden konnte. Schade ist auch, dass jetzt sogar ein renommierter Traditionsbetrieb droht, Stockerau verloren zu gehen, wenn wir für ihn gerade dort in diesem Gebiet ausreichend Platz gehabt hätten. Soweit unsere Anmerkungen dazu. Klarerweise tragen wir das Konzept mit, weil uns eh nichts anderes überbleibt.

Bürgermeister Laab: Ich glaube, hier liegt ein Irrtum vor. Das Konzept, das wir seinerzeit abgegeben haben, haben wir deswegen adaptieren müssen, weil sich der Plan besser sich darstellt als es seinerzeit ans Land geschickt wurde.

Stadtrat Moser: Unterm Strich nicht.

Bürgermeister Laab: Unterm Strich ist es eine Vorschau bis zum Jahr 2018. Natürlich werden hier immer Anpassungen an die Realität vorgenommen. Dass hier so schnell ein Verkauf stattgefunden hat, dieses Fonds, ist nicht passiert, weil wir es so schnell machen wollten, weil es auch eine wichtige Bedingung des Landes war, hier diese Rücklage in den Kassenkredit

einzubringen. Betriebsansiedelungen finden statt, haben stattgefunden. Das, was Sie ansprechen, sind noch nicht realisierte Tatsachen. Hier kann sich auch noch etwas ändern. Aber Betriebe haben natürlich auch ihre freie Entscheidung und können ihre Betriebsentwicklung selber gestalten. Aber es ist nicht gesagt, dass der von Ihnen angesprochene Betrieb auch wirklich die Stadt Stockerau verlässt. Zu einem werden mehr Aktivitäten gesetzt, um das eine oder andere betriebliche Grundstück zu veräußern. Alles, was bis jetzt passiert ist, ist auf den Einsatz von Mitarbeitern der Gemeinde rückzuführen, und dass es doch gelungen ist, Betriebe hier anzusiedeln. Wir stehen auch kurz vor weiteren Betriebsansiedelungen. Ich teile diese Meinung nicht ganz.

Stadtrat Moser: Um die Zahlen zu präzisieren – geplant war im Budget Kassenkredit Ende 2016 € 6,9 Mio. – die neue Planung € 7,8 Mio. Also eine Million höher als geplant. Also unterm Strich sind wir hinter unserem Plan nach. Wir haben uns die € 1,750 Mio. vorgenommen, ein Faktum, und wir haben sie nicht eingehalten, auch ein Faktum. Es entsteht ein bisschen der Eindruck, so weiß ich es auch von dem einen Betrieb, der hat in der Gemeinde vorgeschlagen und es wurde im offenbar, hier eine Möglichkeit zu bleiben, nicht eröffnet. Ich hoffe auch, Franz Penner und ich werden da auch mitwirken, dass der zumindest bleibt.

Gemeinderat Pfeiler: Ich danke für die Aktualisierung des Strukturverbesserungskonzeptes. So, wie es momentan aussieht, sind wir 2016 im ordentlichen Haushalt um ca. eine halbe Million besser unterwegs als wir damals beim Schluss, wie wir das Verbesserungskonzept vor Augen hatten. Das ist positiv festzustellen. Ich hätte hier ein paar Anmerkungen, die wir versuchen sollten, in der weiteren Aktualisierung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes zu berücksichtigen.

Wir sehen hier auf der Erlösseite Tarif-Anpassungen bei Eislaufplatz, Sporthalle, Hallenbad. Hier sollten wir vermehrt auch berücksichtigen die aktivere Vermarktung der Hallenzeiten, der Eiszeiten und auch der Bahnen im Schwimmbad. Es geht schon in die richtige Richtung. Ich glaube, dass wir hier, wenn wir die Software anschaffen, vielleicht noch weitere Potentiale schaffen könnten. Wir sollten hier nicht nur eine Anpassung in Richtung der Höhe der Tarife gehen, sondern auch die vorhandenen Hallen-, Eis- und Hallenbadkapazitäten besser vermarkten. Das ist das erste.

Das zweite ist, dass das Strukturverbesserungskonzept sehr stark von Grundstücksverkäufen getragen ist. Das ist grundsätzlich auch in Ordnung. Es zeigt sich allerdings, dass trotz der Bemühungen zum Verkauf und zur Vermittlung der Betriebsansiedelungen durch das Bauamt hier Fortschritte erzielt werden, dass aber die Geschwindigkeit der Akquisition und des wirklichen Abschlusses trotz des Einsatzes des Bauamtes eben nicht in der Geschwindigkeit vorangeht, weil das sieht man auch in der Aktualisierung, dass die Verkäufe jetzt leicht gestreckt nach hinten geschoben wurden. Die Verkäufe, die in den Jahren 2017, 2018 eingeschrieben wurden, glaube ich, sind vom Volumen her sehr ambitioniert, weil es hier um sehr große Umsätze geht, die zu akquirieren sind und sie man ans Land ziehen muss. Gut, es ist optimistisch und positiv, das passt.

Wichtig ist mir, auch festzustellen, dass wir im Haushaltskonsolidierungskonzept Pensionierungen nicht nachbesetzen. Ich weiß, das ist ein heikles Thema, das ist mir bewusst. Wenn wir auf den aktuellen Dienstpostenplan schauen, sehen wir, dass wir beim Dienstpostenplan bereits jetzt über den Dienstpostenplan der Vorjahre liegen. Auch hier sollten wir ein Auge darauf haben, dass wir dieses Ziel, zumindest den Personalstand nicht weiter auszudehnen, nicht aus den Augen verlieren.

Das wären meine Anmerkungen, wobei wir grundsätzlich dieser Aktualisierung dieses Haushaltskonsolidierungskonzeptes zustimmen werden.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	8
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

3.) Altlast Gaswerk Stockerau – Verlängerung Betriebskosten - Förderungsvertrag

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Jahr 2003 wurde im Betriebsareal des ehemaligen Gaswerk Stockerau die Sicherung der Altlast mit einer Komplett-Umschließung entlang der Grundstücksgrenze durchgeführt. Die durchgeführten Maßnahmen sollen die Austritte von kontaminiertem Grundwasser aus dem verunreinigten Bereich, die Verschleppung von kontaminiertem Material sowie allgemeine Beeinträchtigung der Schutzgüter verhindern.

Zur Wasserhaltung wurde im umschlossenen Areal ein Brunnen mit einer Pumpe situiert. Der Wasserspiegel innerhalb des umschlossenen Bereiches wird unter dem jeweiligen tiefsten Außenwasserspiegel gehalten, sodass das kontaminierte Wasser nicht austreten kann. Der Betrieb der Wasserhaltung wird seitens der Stadtgemeinde Stockerau (Kläranlage) gewährleistet.

Da die Förderung für die anfallenden Kosten für die Instandhaltung der Pumpenanlage, Stromkosten, jährliche Untersuchungsberichte vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft, vertreten durch die Kommunalkredit Public Con-

sulting GmbH., für weitere fünf Jahre (2015-2020) genehmigt wurde, hat der Gemeinderat den Förderungsvertrag zu genehmigen und die dazu vorgesehene Annahmeerklärung zu unterfertigen.

Für laufende Sanierungs- oder Sicherungsmaßnahmen und Beweissicherungsmaßnahmen wurde für die kommenden fünf Jahre vom DI Rohrhofer eine Kostenschätzung in der Höhe von € 47.000,-- erstellt.

Der Förderungssatz beträgt 65%, welcher als Betriebskostenzuschuss zur Auszahlung gelangt.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	8
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

4.) Einverständniserklärung und Benützungsbereinkommen mit ÖBB-Infrastruktur

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die geordnete Ableitung der Oberflächenwässer des Deponieareals (Sortieranlage) wurde vom Büro Dr. Lengyel ein Einreichprojekt für die abfallwirtschaftsrechtliche Bewilligung erstellt.

Gemäß diesem Projekt werden die Ableitungen der Dachabwässer von den vorhandenen Gebäuden auf dem Deponieareal als auch Oberflächenabwässer über das bereits bestehende Gerinne in den Vorfluter Göllersbach eingeleitet.

Im Bereich der ÖBB-Strecke besteht ein Bahndurchlass, sowie unter dem südlich angrenzenden Gemeindeweg ein Betonrohr mit der Nennweite von 400.

Im Starkregenfall wird aufgrund des bestehenden ÖBB-Durchlasses das nördlich der Bahntrasse gelegene ÖBB-Grundstück Nr. 994/3 geringfügig eingestaut.

Für die abfallwirtschaftsrechtliche Bewilligung ist die Zustimmung sämtlicher betroffener Grundeigentümer erforderlich.

Von Seiten der ÖBB Infrastruktur AG. liegt zur Unterfertigung eine diesbezügliche Einverständniserklärung und Benützungsbereinkommen für bahnfremde Anlagen vor.

Im Abschnitt 2 des Übereinkommens der ÖBB Infrastruktur AG sind die Kosten in der Höhe von insgesamt € 3.478,- für Projektüberprüfung, Vertragserstellungsgebühr, Evidenzhaltung und Kontrolle zu vergüten.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	8
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

**5.) Auflassung der Unterflur-Transformatorstation Sparkassaplatz
Vereinbarung mit NÖ Netz GmbH**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die bestehende Unterflurtransformatorstation am Sparkassaplatz wird seitens der NÖ Netz GmbH. stillgelegt, da diese für die betrieblichen Zwecke nicht mehr benötigt wird.

Die Stromversorgung Bräuhausgasse soll zukünftig über die im Z2000 vorhandene Trafostation sichergestellt werden.

Über Ersuchen der Stadtgemeinde Stockerau soll die Unterflurtransformatorstation nach Entfernen des Transformators der Stadtgemeinde Stockerau unter Einhaltung nachstehender Voraussetzungen ablösefrei überlassen werden.

- Anschlussabänderung des Objektes Bräuhausgasse 2 (Wiederherstellung der Versorgung des Hausanschlusses und der Straßenbeleuchtungsverteilung)
- Kostenübernahme der Grab- und Wiederherstellungsarbeiten im Bereich des Unterflurbaukörpers, sowie die Transportkosten für die Transformatorüberstellung vom Sparkassaplatz bis zum Lagerplatz der NÖ Netz in Senningerstraße

Die Löschung der Dienstbarkeit der Transformatorstation mit den elektrischen Leitungen (Dienstbarkeitsvertrag vom 29.7.1974) im Grundbuch wird von der NÖ Netz GmbH. veranlasst werden.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	8
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

**6.) Verleihung von Sozialdienstmedaillen an
MitarbeiterInnen des Hilfswerkes Stockerau**

Aufgrund des Ansuchens des Hilfswerkes Stockerau sowie der dafür vorgesehenen Statuten wird vorgeschlagen, nachstehender Person, die **bis zu 5 Jahren** ehrenamtlich im Rahmen der Aktion "Essen auf Rädern" tätig ist, die

Sozialdienstmedaille in Bronze

zu verleihen, und zwar an

KEIMEL Felix, 1220 Wien, Düsseldorferstraße 5-13/2/4

Weiters soll nachstehenden Personen, die **seit mindestens 5 Jahren** ehrenamtlich im Rahmen der Aktion "Essen auf Rädern" tätig sind, die

Sozialdienstmedaille in Silber

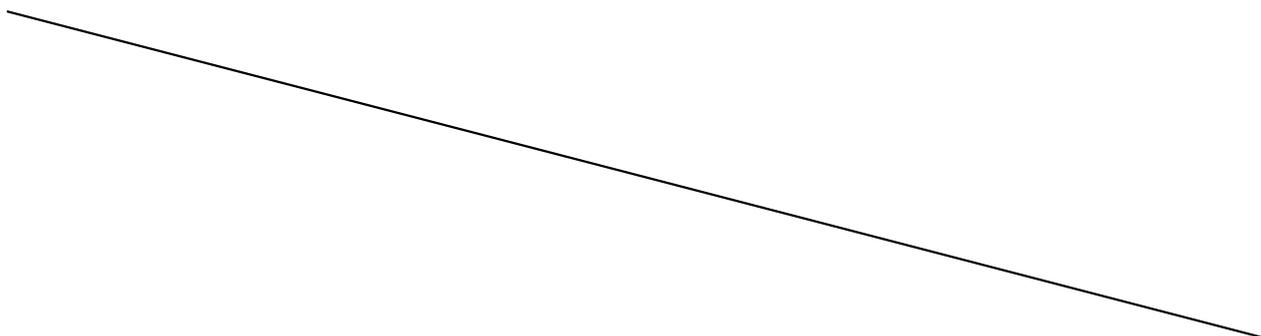
verliehen werden, und zwar an

GLÖSMANN Alois, J. Haydn-Gasse 5
HEINCZ Werner, Pragerstraße 45
HUFNAGL Helene, Stögergasse 15
HUFNAGL Karl, Stögergasse 15
NEUMAYER Anna, N. Heidstraße 19
PFENNIG Renate, Pragerstraße 22
ZACHALMEL Otto, HR J. Mayer-Gasse 11

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	8
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1



**7.) Verleihung von Sozialdienstmedaillen an
MitarbeiterInnen der Volkshilfe Stockerau**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Ansuchens der Volkshilfe Stockerau sowie der dafür vorgesehenen Statuten wird vorgeschlagen, nachstehender Person, die **bis zu 5 Jahren** ehrenamtlich im Rahmen der Aktion "Essen auf Rädern" tätig ist, die

Sozialdienstmedaille in Bronze

zu verleihen, und zwar an

NUC Helga, Weipertgasse 8

Weiters soll nachstehender Person, die **seit mindestens 10 Jahren** ehrenamtlich im Rahmen der Aktion "Essen auf Rädern" tätig ist, die

Sozialdienstmedaille in Gold

verliehen werden, und zwar an

OTTERMAYR Hans, Kennedy-Platz 2/1/8

Beschluss: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	8
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

8.) Verleihung der Ehrennadel in Bronze an GR a.D. Schneider Alexandra

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit im Gemeinderat und der nachweislich erworbenen Verdienste um die Stadtgemeinde Stockerau soll durch den Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau folgende Person geehrt werden.

Ehrennadel in Bronze

an

Frau Gemeinderätin a.D. Alexandra SCHNEIDER

11 Jahre 4 Monate im Gemeinderat

Gemeinderätin vom 31.03.2005 bis 31.08.2016

Gemeinderat Pfeiler: Sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen, Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates!

Alexandra Schneider hat in ihrer mehr als elfjährigen Tätigkeit als Gemeinderätin wichtige Projekte im Bereich Jugend und Soziales initiiert bzw. begleitet. Hervorheben möchte ich dabei die Einrichtung der Streetworker, die Errichtung des Jugendzentrums, die Erweiterung der Kindergartenöffnungszeiten entsprechend der Bedürfnisse erwerbstätiger Frauen oder die Zertifizierung unserer Gemeinde als fair-trade-Gemeinde.

Die Verleihung der Ehrennadel in Bronze ist aus unserer Sicht jedenfalls gerechtfertigt, wir danken für den Beschlussantrag und ersuchen um Zustimmung des Gemeinderates. Danke.

Gemeinderat Falb: Ich möchte zu dem Tagesordnungspunkt festhalten, dass Alexandra Schneider schon eine Person ist, die man beim Wort nehmen kann. Das möchte ich in dem Fall ausschließlich als positiv bewerten. Was sie hier viele Jahre gemacht hat und was sie auch außerhalb dieses Raumes gemacht hat, ist jedenfalls getragen vom Herz. Unsere Fraktion möchte diesen Beschluss ausdrücklich unterstützen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	8
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

VII. Anträge des Stadtrates

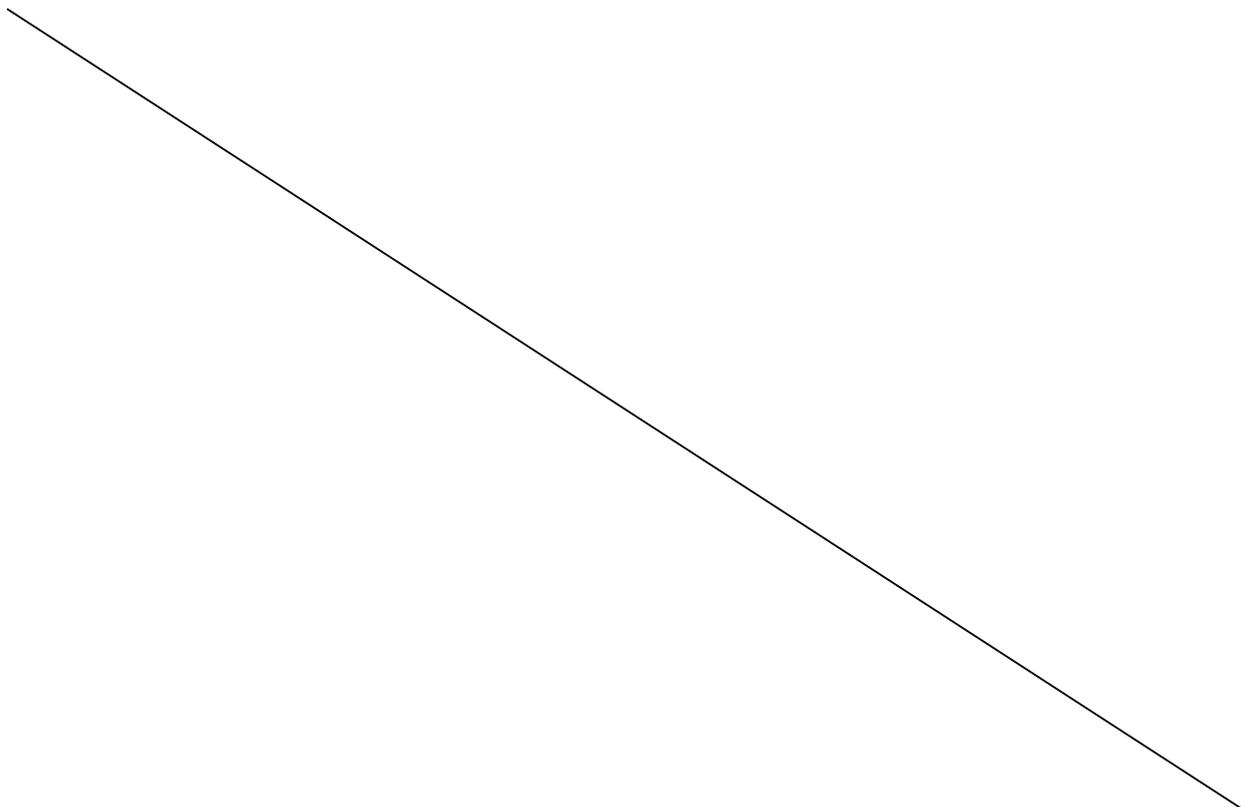
a) Finanzen

1.) 1. Nachtragsvoranschlag

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Im **Ordentlichen Haushalt** ergeben sich bei folgenden Haushaltsstellen Änderungen:



HINVANSATZ	POST	ANSBEZ	POSTBEZ	Betrag	Begründung
			Ausgaben		
1	24000	728000	Wahlamt		
			Entg.f.sonst.Leist.v. Gewerbetreib. und Firm	20.000	Wahlkosten
1	179000	728000	sonstige Einrichtungen und Maßnahmen	25.000	Donauhochw. .V. Darl.f.PW Sechtelbach
1	211100	043000	Volksschule Wondrak	7.000	Klassenmöbel f.zus.Klasse
1	211100	700100	Volksschule Wondrak	11.000	BK-Abr.14+15/
1	220000	720000	Berufsbildende Pflichtschulen	4.000	Berufsschulen Wien
1	240200	700100	Brauhauskindergarten	7.800	BK-Abr.14+15
1	240500	601000	Klosterkindergarten		Statt Gas Wärme
1	240500	603000	Klosterkindergarten	10.000	Wärme 14/15 + 15/16
1	263000	043000	Turn- und Sporthallen	2.500	Bodenwaschautomat
1	325000	728100	Festspiele	17.400	Göbl - siehe Einnahmen
1	325100	759000	Festspiele (Produktionskosten)	98.000	lt. Prov. Bilanz EHC
1	381000	400000	Maßnahmen der Kulturpflege	3.000	Bild Holzer
1	469000	768000	sonstige Familienpolit. Maßnahmen	10.000	Mietzinsunterst.
1	552100	346000	Standardkrankenanstalten Errichtungsaus	30.000	Höhere Tilgung bei Darlehen
1	552100	701000	Standardkrankenanstalten Errichtungsaus	-7.000	Leasing Land
1	552100	729000	Standardkrankenanstalten Errichtungsaus	25.000	Abfertigungen Land
1	640000	728000	Einr.u.Maßnahmen n.d. Straßenverk.Ordn	15.000	KPZ-Überwachung
1	814000	020000	Straßenreinigung	-27.000	Gerät f.Unkrautvernichtung
1	814000	455000	Straßenreinigung	-8.000	Winterdienst
1	814000	616000	Straßenreinigung	-10.000	Winterdienst
1	814000	728000	Straßenreinigung	100.000	Unkrautvernichtung
1	816000	701000	öffentl. Beleuchtung u. öffentliche Uhre	15.900	LED
1	820000	700100	Bauhof	15.000	BK-Abr.14+15/VSt.Kürzung
1	850000	642000	Wasserversorgung	7.000	Wasseruntersuchungen
1	851000	600100	Betriebe der Abwasserbeseitigung	10.000	Anpassung/Mehrverbrauch
1	851000	728000	Abwasserbeseitigung	-20.000	klärschlamm
1	852100	617000	Müllabfuhr - Abfallbeseitigung	20.000	Reparaturen
1	852100	690000	Müllabfuhr - Abfallbeseitigung	277.000	Konkurs ABS
1	852100	728000	Müllabfuhr - Abfallbeseitigung	80.000	Sickerw.
1	852100	769000	Müllabfuhr - Abfallbeseitigung	-597.700	durch Abschreibung kein Gewinn
1	852200	690000	Mülldeponie	598.000	Konkurs ABS
1	853000	700100	Betriebe für die Errichtung und Verw. vo	20.000	BK-Abr.14+15/höhere Miete
1	866000	40000	Forstgüter	6.000	Traktoraufzahlung
1	866000	43000	Forstgüter	-4.000	Statt 0430 auf 0400
1	900000	640000	gesonderte Verwaltung	50.000	Prüfung Leasingverträge
1	910000	652000	Geldverkehr	-20.000	Zinsen Betriebsmittelkonto
1	990000	964000	Abwicklung Vorjahre	-1.203.300	lt. RA 2015
SUMME				- 417.800	
			Einnahmen		
2	24000	813000	Wahlamt	10.000	BP-Wahlen
2	179000	861000	sonstige Einrichtungen und Maßnahmen	10.000	Subv. Hochwasser
2	240100	861000	Europakindergarten	-27.000	Keine Landesförderung mehr
2	240200	861000	Brauhauskindergarten	-19.500	Keine Landesförderung mehr
2	240300	861000	Kindergarten Schafarikstraße	-10.000	Keine Landesförderung mehr
2	240400	861000	Kindergarten St. Koloman	-18.000	Keine Landesförderung mehr
2	240500	861000	Klosterkindergarten	-8.500	Keine Landesförderung mehr
2	325000	810000/5	Festspiele	16.000	Göbl
2	639000	861000	sonstige Einrichtungen und Maßnahmen	20.000	Subv. Senningbachräumung
2	820000	829000	Bauhof	6.100	Verkauf von Altfahrzeugen
2	850000	808100	Wasserversorgung	35.000	Veräußerung von Material
2	850000	864000	Wasserversorgung	20.000	Invest.Zuschüsse für Bauabschnitte
2	851000	852200	Abwasserbeseitigung	30.000	Kanalgebühren
2	852100	852000	Müllabfuhr - Abfallbeseitigung	40.000	Müllgebühren
2	866000	824000	Forstgüter	-10.000	Miete ber.2015 vorgeschr.
2	914000	869000	Ablieferungen	-597.700	keine Gewinnentn. bei Müll/MD
2	920000	833100	Ausschließliche Gemeindeabgaben	140.000	Mehreinnahmen
2	980000	960000	Zuführungen	-54.200	Kürzung BZ-Mittel
SUMME				-417.800	

Als wesentlicher Teil des Nachtrages ist, neben einiger Korrekturen aufgrund von Beschlüssen und Aktualisierungen auf Basis des Halbjahresergebnisses, die Aufnahme einer Abschreibung betreffend Konkurs ABS mit einer Summe von € 875.000,-- – dies erfolgt auch auf Empfehlung und Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde. Damit ist auch keine Gewinnentnahme aus dem Bereich Müll nicht möglich und wurde somit herausgenommen – € 597.700,--.

Ebenso wurde der Fehlbetrag von ursprünglich veranschlagten €1,5 Mio. um € 1,2 Mio. reduziert und somit an das Ergebnis 2015 angepasst (296.700).

Im **Investitionsbudget** wurden bei folgenden Vorhaben Änderungen durchgeführt:

Vorhaben 16 – Straßenbeleuchtung:

Ankauf eines Citroen-Kastenwagens und Einnahme ASFINAG für geleistete Arbeiten.
€ 18.500,--

Vorhaben 44 – Freibad:

Ergänzung infolge Umbauarbeiten für Barrierefreiheit – Bedeckung durch Darlehen
(statt Zuführung) € 33.500,--

Vorhaben 72 – KIG:

zusätzlicher Zuschuss – Bedeckung durch Darlehen € 2.600.000,--

Vorhaben 73 – Belvedereschlössl:

Neue Beleuchtung – Bedeckung durch Überschuss € 7.800,--

Vorhaben 79 – Fischaufstiegshilfe:

Aktualisierung der Werte auf Grund der Endabrechnung € 18.300,--

Die Änderungen bei Darlehenstilgungen und Darlehenszuzahlungen betreffen im Schuldendienst die Darlehenskonten

19098/1200814 – Ansatz 5521

19081/2201607 – Ansatz 8310

19081/2201608 – Ansatz 8530

Dieser abgeänderte Nachtragsvoranschlag wird dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Stadtrat Moser: Wir haben den Antrag, wir haben die Erklärungen gehört, ich erspare Ihnen unsere Bedenken zum Voranschlag insgesamt, zum Voranschlag an sich. Ich verweise auf die Budgetsitzung im Dezember 2015. Ich beschränke mich auf zwei Punkte.

Der eine zum ordentlichen Bereich, zu der durchaus nennenswerten Ausgabenerhöhung – die Aussage von Herrn Dummer, der damals unser Budgetredner war, war im Wesentlichen die, dass er gesagt hat, diese Zahlen können nicht halten. Das zeigt sich, dass er Recht hatte, in Summe € 1,4 Mio. mehr Ausgaben, davon die Ausbuchung ABS – der größte Punkt.

Der zweite Bereich betrifft den a.o. Bereich – wurde erwähnt. Wir haben gehört, wir nehmen als Gemeinde weitere € 2,6 Mio. an Kredit auf, um den Zuschuss an die KIG, an die Kommunale Immobiliengesellschaft von € 1,3 Mio. auf fast € 4 Mio. zu erhöhen in diesem Jahr. An und für sich keine Überraschung. Wir zahlen Jahr für Jahr in die KIG ein, ohne dass sich die gewünschten, die angestrebten Ergebnisse einstellen. Die Mieteinnahmen sind ungefähr so hoch wie vor acht Jahren, wie die KIG gegründet wurde, und die geplanten Kreditrückzahlungen der KIG haben auch nicht stattgefunden. Soweit nichts Neues. Das Neue ist eigentlich das, dass diesmal bereits im Juni der KIG diese € 2,6 Mio. zugesagt wurden. Sie wurden zugesagt ohne irgendein Gremium in der Gemeinde zu informieren, keinen Stadtrat, keinen

Gemeinderat. Wie gesagt, keine Information und schon gar keine Beschlussfassung und dass diese Zuschusszusage rückwirkend zum 31.12.2015 der KIG zugesagt wurde, um dort die Bilanz aufzupolieren, das Bilanzbild besser darzustellen als es der Realität entspricht. Wir können klarerweise so eine Vorgangsweise nicht mittragen.

Gemeinderat Falb: Der zentrale Punkt, warum wir hier nicht mitgehen können und den Voranschlag auf keinen Fall mittragen können, ist die Frage der KIG. Wir haben Anfang des Monats August eine Aufsichtsbeschwerde beim Land NÖ eingebracht, über die Vorgangsweise der Gemeinde, respektive auch des Bürgermeisters im Kontext der Kommunalen Immobiliengesellschaft. Ich möchte, weil es dazu verschiedene Medienberichte gegeben hat, den Gemeinderat ganz kurz schlagwortartig die Inhalte, die wesentlichen Inhalte dieser Aufsichtsbeschwerde an das Land NÖ zur Kenntnis bringen.

Die Aufsichtsbeschwerde hat insgesamt neun Punkte und ich darf Sie nur ganz kurz, ohne Sie lange aufzuhalten, ein bisschen ausführen.

Der erste Punkt unserer Aufsichtsbeschwerde betrifft die Zusage von € 2,6 Mio. durch den Bürgermeister im Juni, die weder im 15er-Voranschlag noch im 16er-Voranschlag vorgesehen waren. Die weder durch den Stadtrat, noch in einem Ausschuss, noch hier im Gemeinderat, auch nicht in der Gemeinderatssitzung im Juni, die Gelegenheit hätte man auch benützen können, berichtet wurde. Wohlgermerkt – wir reden von einer Summe, nicht von € 2,60, auch nicht von € 2.600,--, sondern von € 2,6 Mio.

Zweiter Punkt: Bürgermeister Laab hat einen Verzicht der Bezahlung von Leistungen und Gebühren der Stadtgemeinde gegenüber der KIG im Ausmaß von € 1.342.889,40 angeordnet, ohne den Gemeinderat oder den Stadtrat damit befasst zu haben. Definitiv ein Verstoß gegen die NÖ Gemeindeordnung.

Punkt drei: Im Jahr 2009 wurde eine Gewinnausschüttung beschlossen, die liquiditätsmäßig aus den zuvor eingebrachten Eigenkapital in Höhe von € 11,8 Mio. finanziert wurde. Nach unserer Meinung hätte dieser Gebarungsvorgang durch das Land NÖ genehmigt werden müssen. Das ist nicht geschehen. Bürgermeister Laab kommt nach unserer Auffassung als Vertreter der Gesellschafterrechte in der KIG seinen Berichtspflichten an den Gemeinderat nur widerwillig und oberflächlich nach.

Der nächste Punkt betrifft den Beratervertrag, den wir mit der Firma, die ich nicht namentlich nennen kann, im Gemeinderat beschlossen haben. Ein Beratervertrag der Stadtgemeinde Stockerau, bei dem beim Gemeinderatsbeschluss informiert wurde über voraussichtliche Kosten von € 33.600,--, die sich dann, schon alleine aufgrund der Laufzeit, ohne Erfolgshonorar auf € 134.000,-- mehr als vervierfacht haben.

Der Punkt sechs betrifft ebenfalls den Beratervertrag mit dieser Firma. Dieser Firma war dann schlussendlich ein Erfolgshonorar von über € 300.000,-- ausbezahlt, für Beratungsleistungen, die die Firma gegenüber der Stadtgemeinde Stockerau erbracht hat. Demzufolge, die Stadtgemeinde war Auftraggeber, die Stadtgemeinde war Rechnungsadressat, hätte nach unserer Auffassung diese Rechnung auch von der Stadtgemeinde Stockerau bezahlt werden müssen. Der Bürgermeister hat allerdings die Fakturierung an die KIG, die passé mit der Beratungsleistung nichts zu hatte, angeordnet, ohne dass hiezu eine Rechtsgrundlage bestanden hätte. Ich füge ein, das war alles zum Jahresende letzten Jahres, und lässt sich hier dann beim Rechnungsabschluss abfeiern, was für einen tollen Rechnungsabschluss man hat. Eh klar, wenn ich Rechnungen in dieser Größenordnung hinausschicke aus der Gemeinde und auf diese Art mehr oder weniger verschleierte, dann kann ich auch tolle Sanierungserfolge vorweisen.

Der nächste Punkt war die hier im Gemeinderat beschlossene Haftungsübernahme von über € 6 Mio. für ein KIG-Darlehen, wo verschwiegen wurde, dass seitens der antragstellenden Bank zusätzlich zur Haftung durch die Stadtgemeinde auch eine grundbücherliche Sicherstellung verlangt wurde.

Kollege Dummer, deswegen möchte ich das hier gar nicht näher ausführen, hat über die Hausverwaltungskosten, der Kollege Moser und der Kollege Dummer über die exorbitanten Hausverwaltungskosten über den mangelnden wirtschaftliche Erfolg der KIG mehrfach berichtet. Ich fasse zusammen. Wir haben seit 2008 € 16 Mio. in die KIG hineinpumpen müssen, ohne dass sich dort irgendetwas gebessert hätte. Dass diese € 16 Mio. an allen Ecken und Enden dieser Stadt fehlen, das kann jeder sehen, der mit offenen Augen durch Stockerau geht. Die Stadt haftet für € 52 Mio. Schulden der KIG, die bis zu 2028 zurückbezahlt sein müssten. Jetzt wird man sagen, 2028 – was machen sich die heute Sorgen. Ich darf nur daran erinnern, wir reden von einem Zeitpunkt, der in 12 Jahren liegt. Nach unserer Auffassung ist die Situation der KIG, auch wenn ich an die Intervention des Kollegen Straka erinnern darf, dass die Situation in der KIG jedenfalls höchst dramatisch ist. Wir stufen sie ein als eine finanzielle Zeitbombe im wirtschaftlichen Umfeld der Stadtgemeinde Stockerau, für die die Stadtgemeinde Stockerau alleine die Verantwortung trägt.

Allgemein sagt man in der Politik den Menschen draußen, insbesondere auch im Wahlverhalten, Geld, Budget, die Schulden der Gebietskörperschaft egal. Ich glaube, spätestens seit den Vorgängen in der Hypo in Kärnten, die dann dem Bund hereingewachsen sind, wo man vieles kritisieren kann, ist das vorbei.

Und darüber hinaus, glaube ich, sind den Menschen die Schulden und das fehlende Geld in Stockerau aus zwei Gründen nicht egal.

Erstens, wie gesagt, man sieht es, wenn man durch Stockerau geht. Und mittlerweile das lebens- und liebenswerte Stockerau, wenn ich mir das erlauben darf zu sagen über meine Heimatstadt, die ich wirklich liebe, leidet.

Zweitens muss die Stadtgemeinde Stockerau natürlich Familiensilber-Notverkäufe vornehmen, wie wir es etwa am Körner-Platz erleben, um ein Locherl ein bisschen zu stopfen. Da wir über die Leute drübergefahren, um zu einem Einmaleffekt zu kommen. Wenn das dauerhaft etwas bringen würde, dann wäre es ja gut, aber zu einem dauerhaften Konzept hat es bisher nicht gereicht.

Wir betreiben hier keine Arbeitsverweigerung im Gemeinderat. Das ist evident und nachgewiesen. Aber wir haben in unserer Fraktion beschlossen, dass wir die Verantwortung für diese Vorgänge rund um die KIG nicht mehr mittragen oder mitübernehmen wollen. Wenn das Land NÖ im Rahmen dieser Aufsichtsbeschwerde feststellt, dass alles passt, dann soll uns das mehr als Recht sein. Dann werden wir auch entsprechend uns äußern. Aber untern den gegebenen Umständen sehen wir uns nicht in der Lage, diese Politik rund um die KIG mitzutragen.

Unsere Fraktion ist vor einigen Jahren einmal aus diesem Raum hinausgegangen, um ein Budget zu ermöglichen. Wir gehen heute hinaus, um diesen Nachtragsvoranschlag zu verhindern. Wir erwarten uns von der Stadtgemeinde, vom Bürgermeister Auskunft darüber und ein Gespräch darüber, wie es mit der KIG weitergehen soll. Ich danke.

Um 19:40 Uhr verlassen die Gemeinderatsmitglieder der ÖVP-Fraktion gemeinsam die Sitzung.

Bürgermeister Laab: Ich möchte eine Erklärung abgeben, weil ich eine derartige Politshow nicht unterstützen kann. Die ÖVP-Fraktion hat eine Aufsichtsbeschwerde eingebracht, das lässt die Gemeindeordnung zu. Dieses Schriftstück ist uns noch nicht zugegangen gewesen, war es schon in der Zeitung. Für mich ist das keine verantwortungsvolle Politik. Wenn ich mir solche Sorgen mache, dann mache ich das auf Ebene, wie die Gemeindeordnung das vorsieht. Man bringt das ein, dann wird das zugestellt, dann hat man vier Wochen Zeit zur Beantwortung, dann beurteilt das Land und dann gibt es ein Ergebnis. Es ist so, wie wenn man bei einer Gerichtsverhandlung vorher das Ergebnis, das Urteil bekanntgibt, bevor es noch stattgefunden hat. Das, was heute abgegangen ist, diese Show geht weiter, weil man nur damit eigentlich hier Argumente ins Volk streut, die hinten und vorne nicht stimmen. Ich könnte jetzt hergehen und alle diese Punkte auflisten, weil eines können Sie mir glauben, ich mache das nicht seit 10 Jahren, damit ich solche Millionenbeträge ohne rechtliche Absicherung in irgendeiner Form einfach durchführe. Wenn hier die Mitglieder der Wirtschaftspartei ihre Bilanzen in ihren Betrieben dementsprechend so gestalten, dass sie auch bestens aussehen, dann ist das rechtens – die Wirtschaft hat das Recht. Wenn eine Gemeinde ihre Möglichkeiten ausnutzt, die Bilanz der Tochter zu präsentieren, und hier im Rahmen von Beschlüssen, das muss ich schon sagen, es gibt Beschlüsse, das durchführt, dann wird ein Polittheater aufgeführt. Das kann nicht die Zukunft dieser Stadt sein. Das ist keine verantwortungsvolle Politik. Ich werde mit meinen Mitarbeitern dort, wo es hingehört, an die Abteilung des Landes unsere Stellungnahme abgeben. Das wird rechtzeitig erfolgen. Ich bin dann wirklich neugierig, ob man dann in der selben Form, mit derselben Theatralik – ich kann mir nicht vorstellen, dass man nicht verstanden hat – man hat sicher verstanden, denn man beurteilt Rechnungsabschlüsse und buchhalterische Werke, die wir zur Verfügung stehen, ob man dann all das zugibt, dass man hier eigentlich nur politische Motive verfolgt hat und nicht die Sache. Was mich besonders stört, ist, dass man Stockerau so schlecht macht und die Stadt so negativ darstellt, obwohl sie es gar nicht ist, und dass man dann den Menschen glauben macht, dass es so schlimm ist. Nur ein Beispiel: Alle, die beim Lenauhof vorbei gehen und dieses Gebäude gekannt haben, wie es noch der Gemeinde gehörte und nicht der KIG, und sich das jetzt ansehen, sollen dann beurteilen, ob sie die Meinung von Mag. Falb teilen, dass in Stockerau nichts weitergeht. Man sieht, was sich positiv entwickelt.

Da die ÖVP nicht mehr zurückkommt, sind wir nicht mehr beschlussfähig - 26 müssen wir sein. Wir werden diese Gemeinderatssitzung neu einladen und dort fortsetzen, wo wir heute aus Gründen der Nichtbeschlussfähigkeit aufgehört haben.

Bürgermeister Laab schließt die öffentliche Sitzung.

Der Bürgermeister

Helmut Laab

Für die SPÖ-Fraktion

Für die ÖVP-Fraktion

Vizebgm. Susanne Hermanek

StR Dr. Christian Moser

Für die FPÖ-Fraktion

Für die GRÜNEN-Fraktion

StR Kube Erwin

GR Mag. Andreas Straka

Für die NEOS

GR Dr. Martin Fischer

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler

Doris Eder